

Friedrich Naumann  
STIFTUNG **FÜR DIE FREIHEIT**

## **Notizen zur Standortbestimmung der FDP**

von  
**Dr. Wolfgang Gerhardt MdB**  
Vorsitzender des Vorstands der  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Potsdam, November 2011

## Um was geht es?

"Wer sich jetzt nicht umgehend neu erfindet, bekommt 2013 keine zweite Chance." So hat es Marie-Christine Ostermann, die Bundesvorsitzende des Verbandes "Die jungen Unternehmer" im letzten Jahr auf dem Freiheitskongress der FDP gesagt. Der Philosoph Volker Gerhardt hat in seiner Rede über den existenziellen Liberalismus auf demselben Kongress eine Programmweiterung nicht für nötig befunden. "Rechtsstaatlichkeit, demokratische Partizipation und soziale Verantwortung für das Ganze", so sagt er, "folgen aus dem Anspruch einer ernst genommenen politischen Freiheit." Was sie aber hinzugewinnen müssten, sei "die Glaubwürdigkeit ihrer ethischen Zurechenbarkeit. Darin liegt ein unbedingtes Erfordernis einer jeden liberalen Politik. Das ist kein Titel für ein neues Parteiprogramm, sondern nur die Idee für die Ausrichtung der Maximen, nach denen ernsthafte Repräsentanten des modernen Liberalismus zu handeln haben." – Recht hat er.

Die FDP sollte deshalb kein Parteiprogramm der üblichen Art schreiben. Es geht um mehr als einen Beipackzettel für das Alltagsgeschäft oder ein Selbstbeschäftigungsprogramm zur Beruhigung aufgebrachtener Gemüter. Es geht um das normative Profil liberaler Politik. Es muss um Markenpflege gehen, um einen programmatischen Entwurf mit einer verbindlichen, kompetenten Antwort zu Fragen der Zeit und auf der Höhe der Zeit. Nicht sein Umfang entscheidet, nicht die Größe und die Zahl von Arbeitsgruppen und ihr Anteil nach Zeilen, sondern seine Substanz. Es gilt, den Charakter politischer Überzeugungen darzulegen, die Liberale vertreten und die sie bei den Menschen beheimatet sehen möchten und an die sie sich selbst auch halten. Das ist die Herausforderung.

Dazu ist eine innere Philosophie und eine große intellektuelle Anstrengung jenseits des bisher Gewohnten notwendig. Politik darf sich nicht im Gebrauch politischer Fertigkeiten erschöpfen. Sie darf auch vor Unpopulärem nicht zurückschrecken, wenn nach eigener Überzeugung nur so langfristig notwendige Strukturveränderung erreicht werden kann. Sie braucht Passion, eine Breite von Fähigkeiten, ein Bewusstsein für Werte und zivilisatorische Aufgaben. Das, was bisher von FDP-Generalsekretär Christian Lindner dazu zu lesen ist – "Wo wollen wir hin? Welchem inneren Kompass folgen wir? Wie gestalten wir Markt, Staat und Gesellschaft?" –, zielt auf die beschriebenen Anstrengungen ab. Die FDP braucht sie auch dringend, denn ihre Lage ist alles andere als komfortabel.

Es wird darauf ankommen, ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen und eine überzeugende Haltung zu deren Bewältigung einzunehmen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.

## Freiheit

Unsere freiheitliche Verfassung ist das Beste, was wir haben. Freiheit ist der Inhalt, das Ziel und das unverzichtbare Herzstück liberaler Politik. Freiheit bedeutet aber nicht Beliebigkeit. Es geht um Werte. Freiheitliche Politik ist der Würde des Menschen, den Menschenrechten, den Bürgerrechten, dem Rechtsstaat, der Chancengerechtigkeit, der freien Wirtschaftsordnung, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Frieden verpflichtet. Hier liegt der Markenkern liberaler Politik.

Eine geschriebene Verfassung reicht aber nicht aus. Wie Freiheit gesellschaftlich dauerhafter werden kann, damit sie auch hinreichend Kraft in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Krisenlagen hervorbringen kann, das ist außerordentlich wichtig. Und das Bewusstsein dafür ist in Deutschland nicht übermäßig stark ausgeprägt. Die Verschonung vor Anpassung ist die große Sehnsucht vieler Menschen. Risikoaversion ist vorherrschend. Viele fürchten, dass Freiheit anderen mehr nutzen könnte als ihnen selbst und entscheiden sich bei unangenehmen Herausforderungen eher für Selbstabsolution durch Legitimationsdruck auf andere. Es fehlt die Bereitschaft, zwischen der Aufrechterhaltung eines universalen Versorgungsanspruchs und eigener Verantwortung zum Erhalt der Freiheit neu zu disponieren. Es wundert deshalb nicht, dass in Deutschland eher ein Überangebot an Politik vorhanden ist, das am Ende auf die Zerstörung der Kultur persönlicher Verantwortung hinausläuft. Paternalismus, Staatsinterventionismus und kollektive Lösungen stehen allenthalben auf der Tagesordnung. Sie sind eine Art aufdringliche friedliche Belagerung von Staatsbürgern, die sich das aber als Staatskunden gerne gefallen lassen.

Wenn sich Politik derart in Konsens- und Ausgleichsaktivitäten erschöpft, dann gefährdet sie genau die Grundlagen, die die Qualität einer freiheitlichen Gesellschaft ausmachen: Persönliche Verantwortung, Wertebewusstsein und individuelle Mühe, die Dahrendorf als "Tugendkatalog der Freiheit" beschreibt. Freiheit ist nämlich nicht nur Raum für hedonistische Selbstverwirklichung. Menschen sind soziale Wesen. Sie können sich nicht entwickeln ohne andere. Sie können die Welt nicht kultivieren ohne die anderen. Freiheit muss als soziale Chance in einer Bürgergesellschaft entworfen und gestaltet werden. Es geht um die zivile Qualität einer Gesellschaft, um ökonomische und soziale Kompetenz im Wandel, um Selbstvertrauen und um den Willen zum Lernen. Darauf wird in Deutschland zu wenig trainiert. Darauf kommt es aber gerade an.

Die Kultur der Freiheit, so schrieb John Stuart Mill, braucht gerade unverzichtbare Voraussetzungen in Menschen, die Freiheit lieben, die

Rechtschaffenheit achten und ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineinbringen. Sie sind die unverzichtbaren Citizens freier Gesellschaften. Wer sich selbst nicht mag, der kann im Übrigen auch niemanden integrieren.

## Soziales

Freiheit ist in Deutschland kein Mehrheitsprogramm. Gewünscht ist eher die Entlastung von der Bürde der Freiheit und der Mühe des Lebens. Die Hoffnung, dass der Staat im Ernstfall Sauerstoffmasken aus der Kabinendecke fallen lässt, ist die vorherrschende Erwartung. Über die Politik der christlich-liberalen Bundesregierung wird jedenfalls angesichts der großen Baustellen, vor allem des Arbeitsmarktes, der Gesundheitspolitik und der Steuerpolitik, genau vor diesem Hintergrund debattiert. An der Front stehen Betreuer, Bevormunder und Gerechtigkeitsrhetoriker zwischen Transfergebern und Transfernehmern. Die Diskussion entfaltet die Sicht auf eine Gesellschaft, die Eigenverhalten und Folgebewusstsein trennt und eine Schwäche im Erfassen von Wenn-Dann-Beziehungen hat.

"Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit", so schrieben Schröder und Blair schon 1999, "war immer mit höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert", ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und private Ausgaben. "Die Gerechtigkeit lässt sich nicht an der Höhe der öffentlichen Ausgaben messen. Der wirkliche Test für die Gesellschaft ist, wie effizient diese Ausgaben genutzt werden und inwieweit sie die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen." Wenn dies Schröder und Blair sagen, dann bitte keine Furcht vor dem sozialdemokratischen Milieu mitsamt seiner gedanklichen Beschränkung auf reine Verteilungsmechanismen, die bedauerlicherweise von vielen Sozialwissenschaftlern gestützt wird, obwohl sie sich schon längst mit einer Entmythologisierung alter Denkmuster des sozialkonservativen Establishments hätten verdient machen können.

Unser Sozialstaat ist kein Ort moralischer Exzellenz. Seine Verteilungswirkungen sind höchst unzureichend. Er lässt verantwortungsethische Anreize eher verkümmern und bleibt am Ende auf der Umverteilungsmarge des Sozialbudgets als einzigem Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik sitzen. Das ist eher, so sagt es Sloterdijk, "das Grundmuster einer weniger vitalen Gesellschaft". Wer seine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik so organisiert, erzeugt ein Klima wohltemperierter Irrealität und wird die Erschütterungen der Globalisierung nicht überstehen.

Die deutsche Reformschwäche liegt in der Schwäche der Gerechtigkeitsdiskussion. Was soziale Gerechtigkeit ist, wird von Kritikern der Marktwirtschaft nicht klar beschrieben. Auf welches normative Fundament der Sozialstaat gestellt werden soll, wird oft nicht gesagt. Das Ergebnis ist eine "verhängnisvolle intellektuelle und moralische Simplifizierung des Problemstands des gegenwärtigen Sozialstaats" (Kersting). Nachhaltige soziale Sicherheit und Generationengerechtigkeit sind ohne ein verlässliches Umbauszenario des deutschen Sozialstaats nicht zu erreichen. Die Systeme der pauschalen Abbuchung, der undifferenzierten Zuteilung und der nebulösen Kostenentwicklung müssen reformiert werden. Deutschland hat zu viele ungedeckte Schecks zulasten derer auf die Zukunft verteilt, die im aktuellen Entscheidungsprozess noch gar keine Stimme haben. Es geht um einen Wandel in den Köpfen – von der Versorgung zu Teilhabechancen und Teilhabegerechtigkeit. Damit geht es um eine neue soziale Politik. Alles beginnt mit dem Willen zum Lernen.

## **Bildung**

Das Bürgerrecht auf Bildung gehört seit Ralf Dahrendorf zu den modernen Civil Rights. Es muss das Garantieverprechen eines freiheitlichen Staates sein und bleiben. Es darf aber durch die, denen man es anbietet, nicht vergeudet werden. Das Leben ist eine Großbaustelle. Es verlangt ein komplexes Ensemble von Fähigkeiten. Originalität, Risikobereitschaft, Neugier und Phantasie, Einfallsreichtum, Mut zur Unbefangtheit, Kreativität und soziale Kompetenz, Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit, wertorientiertes und zugleich problemlösendes Denken, all das entwickelt sich nicht automatisch. Es wächst aus einer Kultur des Lernens.

Deshalb ist es auch falsch, wenn immer wieder versucht wird, die Kopfnoten aus den Zeugnissen zu verbannen. Sie drücken nichts anderes aus als moderne Fähigkeiten wie Haltung, Problemlösungskompetenz, Umsicht, Motivation, Einsichtsfähigkeit, Impuls- und Frustrationskontrolle. Sie sind Megakompetenzen, ohne die eine freiheitliche Gesellschaft im weltweiten Wettbewerb nicht bestehen und auch ihre freiheitlichen Grundlagen nicht festigen kann. Je höher der Anteil von Menschen mit diesen Kompetenzen, desto erfolgreicher ist eine Nation.

Pestalozzi sagte völlig zu Recht, dass die erste Unterrichtsstunde die Stunde der Geburt sei. Das Grundgesetz gibt den Eltern berechtigter Weise das Recht auf Erziehung ihrer Kinder. Rechte korrespondieren aber immer auch mit Pflichten. Kindern kann man nicht kündigen. Kinder sind in ihrem Wohlergehen und in ihrer Selbständigkeitsentwicklung unverzichtbar auf emotionale Anerkennung und Entwicklung angewiesen. Die Herausbildung eines gesunden Selbstvertrauens und einer sta-

bilen Identität beruht in erheblichem Umfang genau auf einer anregungsfreundlichen Umgebung von Geburt an. Die Schule kommt da viel zu spät. Über sie wird aber bildungspolitisch am meisten diskutiert, obwohl es eine Illusion ist zu glauben, dass die Versäumnisse der Vorschulzeit jemals durch die Schule vollständig korrigiert werden könnten. Die ermüdende alte Schulorganisationsdiskussion mit immer wiederkehrenden Innovationsgeräuschen von Bildungsgipfeln steht in keinem ausreichenden Verhältnis zu den wirklichen Aufgaben und zu den Erkenntnissen über die Abläufe menschlicher Entwicklung und damit menschlicher Biographien.

"All men are created equal" schrieb 1776 Thomas Jefferson in die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Das heißt aber nicht, dass alle Menschen auch identisch sind. Der genetische Zufall macht uns alle einzigartig, aber auch einzigartig in der Unterschiedlichkeit unserer Fähigkeiten, Stärken und Schwächen. Das politische Regulativ der Gleichheit ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Aber die Nutzung von Chancen, die sich aus der Gleichheit aller vor dem Gesetz ergeben, ist "wiederum von Fähigkeiten abhängig, die ihrerseits ungleich verteilt sind" (Udo Di Fabio). Es gibt eben Unterschiede in den menschlichen Fähigkeiten des Wissenserwerbs, der Selbstorganisation und der Teamfähigkeit.

Es sind Gerechtigkeitsrhetoriker unterwegs, die von der Gleichheit von Menschen reden, als gäbe es keine naturgegebenen Unterschiede. Die gibt es aber. Wer die Unterschiede leugnet oder Menschen in ein Korsett zwingen will, der macht eine Gesellschaft nicht reicher durch Gleichheit, sondern ärmer – und das nicht nur wirtschaftlich. Menschen sind keine Lebenserfolgsressourcen, die gleichgemacht werden könnten. Egalitarismus ist freiheitsschwächend. Eine freiheitliche Gesellschaft bleibt auf eine Kultur der Anerkennung von Unterschieden und schlechterdings nicht zu beseitigende Ungleichheiten angewiesen. "Es gefährdet deshalb die Grundlagen der Freiheit, wenn der wirtschaftliche und persönliche Erfolg eine Quelle des Neides und der Missgunst wird", sagt der Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio. "Was jemandem gegönnt werden muss, ist das, was nach Spielregeln ohne Verletzung der Rechte anderer erworben worden ist" (Rawls).

## **Marktwirtschaft**

Hierzulande ist die Unkenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge bedenklich – und das doch gerade in einem Land, das seinen Wiederaufstieg in den anerkannten Kreis der Völker nach der größten Katastrophe in der deutschen Geschichte über Marktwirtschaft und Anstrengungen erreicht hat. Die geschmäcklerische Ablehnung der Marktwirtschaft scheint geradezu Pflicht zu sein, wenn man als intellektuell anspruchsvoll gelten will. Wettbewerb ist ein geradezu kontaminiertes Wort. Über

die geschichtlichen Schleifspuren der Alternativen zur Marktwirtschaft wird dabei gern hinweggesehen. Den Menschen ist es überall dort, wo Wettbewerb und Markt aus politischen Gründen ausgeschaltet worden sind, nicht besser gegangen. Das Ausschalten des Marktes hat zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht geführt. Der Versuch, eine soziale Freiheit gegen die persönliche Freiheit auszuspielen, hat am Ende überall die persönliche Freiheit zerstört. Marktwirtschaft ist in diesem Sinn ein einzigartiges Entmähigungsprogramm gegen die Herausbildung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Sie ist kein Cold Project. Sie ist und bleibt die Wirtschaftsordnung einer Demokratie. Ein Wertesystem, das politischen wie wirtschaftlichen Wettbewerb als etwas Positives ansieht, so der Wirtschaftshistoriker Douglass North, ist die wichtigste Voraussetzung für eine offene Gesellschaft. Die Marktwirtschaft muss kulturell und nicht nur ökonomisch verankert werden.

Die krisenhafte Entwicklung der weltweiten Finanzmärkte Ende 2008 hat nicht nur vordergründig die Konjunktur in Deutschland beeinträchtigt, sondern auch tiefgehend den Ruf eines auf den Prinzipien von Markt und Wettbewerb beruhenden Wirtschaftssystems in Zweifel gezogen und Vorurteile und vorschnelle Urteile bestärkt. Es gibt nichts zu beschönigen. Der Staat muss Spielregeln setzen. Es kommt aber auf die richtige Dosis an. Der Krankheitsherd muss getroffen werden. Nebenwirkungen und Suchtpotenzial müssen klein gehalten werden. Irgendwann muss der Staat sich aus Interventionen auch wieder zurückziehen, denn er ist weder der bessere Banker noch der bessere Unternehmer. Kein Regelwerk kann erfolgreich sein, wenn sich diejenigen, die in einer freien Bürgergesellschaft und in einer Marktwirtschaft Verantwortung tragen und übernehmen, in ihrem Tun nicht an Fragen der Lebensdienlichkeit, an menschlichem Maß, an Glaubwürdigkeit und an zivilisatorischem Fortschritt und an dem untrennbaren Zusammenhang zwischen Verantwortung und Haftung orientieren. Das ist keine Überforderung. Deshalb muss niemand als Heiliger leben.

Marktwirtschaft ist ohne ökologische Dimension nicht zukunftsfähig. Klimawandel und internationale Klima-Governance stehen im Mittelpunkt von Politik. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Herausforderung unserer Zeit. Wie wir neue Technologien entwickeln, die ihre Nutzenergie sauber, in der richtigen Menge, am richtigen Ort, zur richtigen Zeit verfügbar machen, ist eine der entscheidenden Fragen. Klimaschutz, Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit, Alternativen zu Öl, Gas und Kernenergie – klar ist, dass erneuerbare Energien nur über Innovationsfähigkeit statt Technologiefeindlichkeit befördert werden können. Es ist nicht immer der im Recht, der am meisten Angst einzujagen versteht.

Wissenschaft, Forschung und Innovation sind weltweite, ununterbrochene Kommunikationsprozesse vieler hochqualifizierter Menschen. Neugier lässt sich nicht verbieten. Wer den Verzicht auf Forschung

empfiehlt, muss immer auch die Konsequenzen des Verzichts darlegen. Wer forscht, muss allerdings mit einer ständigen Revision vorherrschender Meinungen rechnen. Das gilt auch für die Klimaforschung. Wissenschaft und Politik, Objektivität und Wertung lassen sich in diesem Feld für den Laien, die Öffentlichkeit und auch die Medien kaum mehr unterscheiden. Oft geht es nicht um Diskussion, sondern um die Diskurshoheit durch die überwiegende Meinung, nach dem Motto: Wer nicht dran glaubt, der muss dran glauben.

Die Akteure der Wissenschaft müssen wissen, dass sie ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung tragen. Objektivität in der fachlichen Problembewertung und wissenschaftlicher Pluralismus bilden berufsethische Tugenden in der wissenschaftlichen Beratung, die sicherstellen, dass der Politik die gesamte Bandbreite der klimapolitischen Lösungsoptionen präsentiert wird.

## Europa

Integration und Kooperation müssen den Kern des kosmopolitischen Charakters deutscher Außenpolitik bilden. Frieden erfordert internationale Zusammenarbeit in Abrüstung, Konfliktvermeidung und eine plausible Strategie gegen Fundamentalismus. Entwicklung erfordert Anstrengung von denen, die wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse verbessern wollen und die Unterstützung der anderen, die in der Lage sind zu helfen. Überleben erfordert gemeinsame Initiativen zur Sicherung des Überlebens in natürlichen Lebensgrundlagen. Prosperität erfordert Anerkennung der Kräfte der Weltwirtschaft, die Anpassungsprozesse erforderlich macht, um Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen (Dahrendorf).

Deutschland ist nicht so etwas wie eine größere Schweiz in der Mitte Europas, die sich aus allem heraushalten könnte. Unsere geografische Lage und unsere Geschichte verpflichten uns zu Bündnissen. Deutschland braucht Europa und die transatlantische Partnerschaft. Die gemeinsamen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale sind überragend. Es gibt zum Atlantischen Bündnis keine ernsthafte geostrategische Alternative. Ohne beide, ohne Europa und die Vereinigten Staaten, überhaupt ohne das Vertrauen anderer in uns, hätte Deutschland seinen Weg aus der größten Katastrophe seiner Geschichte nicht gefunden. Erst mit beiden ist Deutschland aus einem Objekt der Sieger wieder zu einem anerkannten Partner in der Völkergemeinschaft geworden. Ohne Europa wird Deutschland seinen Weg auch in Zukunft nicht finden. Und es sollte sich auch davor hüten, ihn ohne Europa zu suchen. Es gibt keinen deutschen Weg ohne europäische Einbettung außer purem Leichtsinn. Integration und Kooperation müssen den Kern des kosmopolitischen Charakters deutscher Außenpolitik bilden.

In der Europäischen Union hat Europa Souveränität wie kein anderer Kontinent gebündelt, um einen Rückfall in alte Konflikte zu vermeiden. Europa ist mit dieser stillen Revolution aus dem Größten heraus. Aber es ist noch nicht da angekommen, wo es sein will. Ein von Technokraten und Eliten angetriebener Integrations- und Erweiterungsprozess Europas ist nicht ausreichend. Die Macher sollten immer auch die Mitmacher im Auge behalten.

Die kritische Masse für eine belastbare europäische Loyalität reicht noch nicht aus. Die Gefahr der Renationalisierung ist gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemlage unübersehbar. Sie wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte und würde die Chancen und die Kraft Europas in der Globalisierung zerstören. Die europäische Botschaft muss revitalisiert werden, und zwar unmissverständlich und nicht zögerlich. Deutschland hat dabei Führungsverantwortung, der es sich nicht entziehen kann. Nicht im Kommandoton, sondern in Überzeugung. Es geht dabei um mehr als die Überwindung von unregulierten Finanzmärkten und überforderten Staaten. Den Märkten muss gesagt werden, dass Europa seine Währung sichern wird. Den Staaten muss abverlangt werden, dass ihre gesellschaftlichen und politischen Eliten verantwortlich mit den Chancen des Euro auf den Finanzmärkten umgehen, wozu einige nicht in der Lage waren. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

## Charakter und Haltung

Freie Gesellschaften gründen sich nicht zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen, die streng genommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind, um ein halbwegs friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, schreibt Joachim Fest. Selbstverbote, Duldung, Respekt vor Minderheiten, Achtung auf das Recht des Schwächeren und auch auf das des Fremden. Denn nicht überbordende Fürsorge begründet die Existenz eines Staates, sondern einzig die Garantie jener Rechte, welche die Person und ihr privates Leben vor fremden Übergriffen schützen soll, sagt Wolfgang Sofsky. Es gibt klassische Abwehrrechte, die Bürger haben und behalten müssen. Hier liegt der Kern liberaler Rechtsstaatspolitik.

Es sind die Bürger und niemand anderes, die den Staat in schwierigen Fällen dazu ermächtigen, im Interesse der Sicherheit aller in vertretbarem Umfang Rechte einzuschränken. Es gibt zivilisatorische Bestände der Freiheit und des Rechtsstaates, die niemals Preis gegeben werden dürfen. Wir sind was wir tun, vor allem aber sind wir, was wir nicht tun. Deshalb darf die ethische Überlegung des Rechtsstaates in der Auseinandersetzung mit Gegnern des Rechtsstaates keinesfalls aufs Spiel gesetzt werden. Wenn die Harvard Law School ihren Graduierten die Diplome aushändigt, erinnert sie daran, „to think of law as wise restraint

that makes men free". Es gibt keine bessere kulturelle Visitenkarte des Westens.

Zu ihr gibt es aber Gegengewichte, die wir in ihrer Heftigkeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Welt so nicht erwartet haben. Manche Menschen vertreten ihren Glauben und ihre Überzeugungen in einer Art von Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. Niemand soll sich mit Berufung auf kulturelle Authentizität darauf berufen können, die Menschenrechte missachten zu dürfen. Solchen Vertretern einer konfrontativen Weltsicht darf man die Bühne nicht durch eine ignorante Toleranz überlassen. Denn dort, wo solche Menschen die Macht haben, braucht der, der die Wahrheit sagt, ein schnelles Pferd, so lautet ein chinesisches Sprichwort.

Eine Religion, so sagt der frühere Limburger Bischof Prof. Kamphaus, soll Gott verehren, aber nicht Gott spielen. Damit sind und bleiben menschliches Maß und zivilisatorische Standards entscheidende Werte für freiheitliche Gesellschaften. Der Glaube darf durchaus einer Prüfung der Brauchbarkeit und der wirklichen Hilfe für Menschen zugänglich gemacht werden. Religionen sollen den Zugang zur Wirklichkeit nicht verstellen. Sie sollen Menschen nicht in die Knie zwingen, sondern ihnen auf die Beine helfen.

Freiheitliche Politik ist nötiger denn je. Sie ist die Botschaft der Menschenrechte, des Humanismus und die Politik für eine verantwortungsbewusste Gesellschaft. Sie weiß, dass Demokratie zerbrechlich ist und dass Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden darf. Dass Wohlstand mit Anstrengungen verbunden ist und Marktwirtschaft faire Spielregeln haben muss. Dass die Würde des Menschen nicht verletzt werden darf. Dass neues Denken Courage erfordert und Stagnation jegliche Kreativität zerstören kann. Freiheitliche Politik ist nie perfekt, aber besser als alle Gesellschaftsentwürfe, die die Spontaneität zugunsten einer sakrosankten Ordnung unterdrücken.